



Tjark Marten Egenhoff ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala und El Salvador.

ÜBERSTANDEN, ABER NICHT AUSGESTANDEN – HONDURAS AUF DER SUCHE NACH EINEM NEUEN GESELLSCHAFTS-VERTRAG

Tjark Marten Egenhoff

Der Name des kleinen zentralamerikanischen Landes Honduras lässt sich auf Christoph Kolumbus zurückführen. Dieser stieß auf seiner vierten Amerika-Reise vor der Küste Zentralamerikas laut überlieferten Berichten auf tiefe, unwegbare Gewässer und befahl, diese „honduras“ zu umfahren. So entstand der Name des kleinen zentralamerikanischen Landes, welches in diesen Tagen politisch kaum umschifft werden kann. Ähnlich schwierig wie die Landung der Spanier im 16. Jahrhundert scheint auch die Annäherung an diese politische Krise zu sein, die mit dem Staatsstreich am 28. Juni 2009 gegen den bis dahin amtierenden Präsidenten Manuel Zelaya ihren Anfang nahm.

Was auf den ersten Blick aussah wie die Wiederholung bekannter Szenen eines lateinamerikanischen Putsches aus den sechziger und siebziger Jahren, entpuppte sich bei genauem Betrachten als weitaus komplizierter und widersprüchlicher. Denn im Gegensatz zu anderen Ländern Zentralamerikas brachte der Putsch keine Militärjunta hervor. Das Militär handelte lediglich aufgrund eines Bescheids des Obersten Gerichtshofes. Das Parlament wählte mit Hilfe der liberalen Partei des abgesetzten Präsidenten Zelayas den laut geltender Verfassung im Rang nachfolgenden Parlamentspräsidenten

Roberto Micheletti zum neuen Präsidenten. Und dennoch liegt in der durch das Militär ausgeführten unrechtmäßigen Absetzung und dem Ausfliegen des Präsidenten nach Costa Rica ein eindeutiger Verfassungsbruch. Das lies die internationale Gemeinschaft mit Recht aufmerksam werden und Sanktionen verhängen. Angesichts der Erinnerungen an die von Putschversuchen geplagte lateinamerikanische Zeitgeschichte ist dies zu begrüßen. Jedoch wurde die Vorgeschichte, die zu dem Staatstreich führte, erst mit der Zeit in Betracht gezogen. Mit der Krise in Honduras offenbaren sich politische und gesellschaftliche Bruchlinien und eine zunehmende politische Polarisierung, die ein ernst zu nehmendes Warnsignal für die gesamte Region bedeutet. Die Demokratien in Zentralamerika stehen unter enormen Druck, die drängenden sozialen Probleme anzugehen und gleichzeitig politische Strukturen zu schaffen, die Partizipation ermöglichen und ausreichende Problemlösungskompetenz besitzen. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist derart erschüttert, dass jede politische Alternative in Betracht gezogen wird.

Mit der Krise in Honduras offenbaren sich politische und gesellschaftliche Bruchlinien und eine zunehmende politische Polarisierung, die ein ernst zu nehmendes Warnsignal für die gesamte Region bedeutet. Die Demokratien in Zentralamerika stehen unter enormen Druck, die drängenden sozialen Probleme anzugehen und gleichzeitig politische Strukturen zu schaffen, die Partizipation ermöglichen und ausreichende Problemlösungskompetenz besitzen. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist derart erschüttert, dass jede politische Alternative in Betracht gezogen wird.

DIE MACHT DER BILDER: UNTERSCHIEDLICHE PERZEPTIONEN DER HONDURAS-KRISE

Die Honduras-Krise ist ein Beispiel dafür, wie stark Perzeptionen und Interpretationen der Ereignisse durch mediale Aufarbeitung erfolgen. Geschickt zeigten die Vertreter der von Venezuelas Präsident Hugo Chávez angeführten Staatengemeinschaft ALBA (Alianza Bolivariana de las Américas), wie man das mediale Drehbuch dieser Krise schreibt. Die ersten Bilder präsentierten einen kämpferischen Manuel Zelaya, der im Schlafanzug von Costa Rica aus die Weltgemeinschaft dazu aufrief, die Demokratie in Honduras wiederherzustellen. Diese Szene stand im Kontrast zu den Bildern aus Tegucigalpa, die einen triumphierenden und wenig weltgewandten De-facto-Präsidenten Roberto Micheletti in Begleitung der Militärs zeigten. Ohne Zweifel beflügelte dies nicht nur die einhellige Verurteilung des Putsches auf internationalem Parkett, sondern ermöglichte im gleichen Atemzug auch den für einen Moment greifbaren internationalen Konsens, die Wiedereinsetzung des abgesetzten Präsidenten Zelaya zur nicht verhandelbaren Bedingung zu machen. Ab diesem Zeitpunkt er-

härtete sich in Honduras die bereits bestehende recht geschlossene Front der politischen Akteure gegen eine wie auch immer geartete Wiederkehr Zelayas in den Präsidentenposten. Die Chance auf eine Annäherung der Positionen und eine vor den Wahlen einvernehmliche Lösung der Krise verminderte sich damit drastisch. Letztendlich wurden so die Grundlagen gelegt für den schmalen Weg, den der Generalsekretär der OAS, José Miguel Insulza, zu beschreiten hatte. Unter Druck vor allem der ALBA-Staaten, denen sich auch die Präsidenten Argentiniens und Paraguays anschlossen, wurde davon abgesehen, zunächst eine Erkundungsmission der OAS nach Tegucigalpa zu senden. Dieses Verfahren wäre in jedem Fall angebracht gewesen, um sich nicht der Möglichkeit zu verschließen, auf Arbeitsebene mit den verschiedenen Akteuren in Honduras sprechen zu können. Dabei wäre man keinesfalls Gefahr gelaufen, die unrechtmäßig an die Macht gekommene Regierung Micheletti international anzuerkennen. Zudem hätte man offene Kommunikationskanäle und eigene Einschätzungen gehabt, bevor über den Ausschluss des Landes aus der Organisation entschieden worden wäre. Die vorschnell herbeigeführte Resolution der OAS folgte jedoch vor allem dem Zeitdruck, dem der abgesetzte Präsident Zelaya ausgesetzt war, um die Krise für sich und das geopolitische Projekt der ALBA zu entscheiden. Dennoch wurde bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass einzelne OAS-Mitgliedstaaten wie die USA, Kanada und Kolumbien, die weiterhin den Staatsstreich energisch verurteilten, mit der Zeit eine differenziertere Einschätzung der Lage in Honduras annehmen würden. Gleichzeitig erweiterte sich durch die einseitige Informationspolitik der De-facto-Regierung Micheletti, die Zelaya-freundliche Fernseh- und Radiokanäle in ihrer Arbeit behinderte, und angesichts der Übermacht der traditionell den beiden

großen Parteien nahestehenden Medienkonzernen der Unterschied in der Perzeption der Ereignisse in und außerhalb Honduras. Die Spaltung der Gesellschaft, welche die politische Krise verdeutlichte, findet kaum Ausdruck in einer öffentlichen Debatte in den Medien. Paradoxerweise hat jedoch die einhellige internationale Reaktion gegen die De-facto-Regierung insbesondere unter den politischen Akteuren in der Hauptstadt Tegucigalpa ein trotziges Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen, das unweigerlich durch die international ablehnende Position gegen die Abhaltung demokratischer Wahlen

Die Spaltung der Gesellschaft, welche die politische Krise verdeutlichte, findet kaum Ausdruck in einer öffentlichen Debatte in den Medien. Paradoxerweise hat jedoch die einhellige internationale Reaktion gegen die De-facto-Regierung insbesondere unter den politischen Akteuren in der Hauptstadt Tegucigalpa ein trotziges Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen, das unweigerlich durch die international ablehnende Position gegen die Abhaltung demokratischer Wahlen weiter Auftrieb erhielt.

weiter Auftrieb erhielt. Die in den deutschen Medien sichtbare Reduzierung der Ereignisse auf einen Schulterchluss zwischen Militär und den traditionell der Oligarchie nahestehenden politischen Parteien mit dem Ziel, den Status quo zu verteidigen, wird der politischen Situation in Honduras nicht gerecht. Denn zu den Bildern, die aus Honduras gesendet wurden, gehört eine Vorgeschichte der politischen Auseinandersetzung, in deren Mittelpunkt mehrere Verstöße des Präsidenten Zelaya gegen geltendes Verfassungsrecht und die Anschuldigung der langsamen Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats stehen. Die Geschehnisse des Juni 2009 in Honduras werfen Fragen auf, deren Bedeutung weit über Honduras hinausgeht: Sie berühren Grundfesten der interamerikanischen Ordnung, wie beispielsweise die Reichweite der demokratischen Charta zur Verteidigung und Festigung der lateinamerikanischen Demokratien.

NICHT NUR HONDURAS IM BLICK: VON EGOS UND TAGESORDNUNGEN

Neben der kondensierten Berichterstattung, die wenig Platz für Grautöne ließ, wirkte die Tatsache erschwerend, dass neben der ehrlichen Vermittlung einiger Unterhändler Honduras als kleines Land der OAS von Anfang an unterschiedlichen Interessenlagen ausgesetzt war. Die Honduras-Krise ließ einige Protagonisten der ersten Stunde wie die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner die heimischen Sorgen der verlorenen Kongresswahlen vergessen. Der Präsident Costa Ricas und Friedensnobelpreisträger, Oscar Arias, sah den krönenden Abschluss seiner politischen Karriere durch eine erfolgreiche Vermittlerrolle in greifbarer Nähe. Brasilien überschätzte seine politische Führungskraft in Zentralamerika und manövrierte sich ohne Not in eine zu den USA konträre Position. Der Generalsekretär der OAS, José Miguel Insulza, taktierte aufgrund der Aussicht einer weiteren Amtszeit im Generalsekretariat, für die er auch die Stimmen der ALBA-Staaten benötigte. Auch die Abwesenheit der politisch Beteiligten sprach Bände: Mexiko bewies erneut, dass es keinen Anspruch auf die Position einer regionalen Ordnungsmacht erhebt. Man unternahm nicht einmal den Versuch, zu einer eindeutigen Haltung gegenüber der politischen Krise im Nachbarland zu gelangen. Die fehlende Kraft, den Fall Honduras innerhalb der Region einer Lösung zuzuführen, macht einmal mehr deutlich, dass ein politisch kongruent agierendes Zentralamerika nur auf dem Papier besteht. Die Regie-

rung in Guatemala war sich nach dem Vorfall der Ermordung des Rechtsanwalts Rodrigo Rosenberg und den auf einer hinterlassenen Videobotschaft aufgezeichneten direkten Mordanschuldigungen gegen den amtierenden Präsidenten Colom und seinen engsten Vertrauten bewusst, dass ein weiterer interner Konflikt angesichts der gespaltenen guatemaltekischen Öffentlichkeit im Fall Honduras kaum zu bewältigen gewesen wäre. Im Nachbarland El Salvador versuchte der seit einigen Wochen ins Amt gewählte Präsident Mauricio Funes den Eindruck zu vermeiden, er setze mit der Ankunft der politischen Beratergruppe der OAS in San Salvador auf eine politische Annäherung an Venezuela und die ALBA-Staaten. Dies führte jedoch unweigerlich zu einem Balanceakt, welcher die bereits sichtbaren Risse zwischen Regierung und Regierungspartei FMLN weiter ausdehnte.

Honduras ist der erste Testfall der Regierung Obama für die Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten: Nachdem die USA den Putsch klar verurteilten, waren sie die einzigen, die letztendlich beide Lager vor den Wahlen an den Tisch brachten und damit das Abkommen von Tegucigalpa/San José bewirkten.

Honduras ist der erste Testfall der Regierung Obama für die Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten: Nachdem die USA den Putsch klar verurteilten, waren sie die einzigen, die letztendlich beide Lager vor den Wahlen an den Tisch brachten und damit das Abkommen von Tegucigalpa/San José bewirkten. Dieses ebnete auch den Weg zur Anerkennung des Wahlprozesses durch die USA. Mit dieser pragmatischen Haltung hat Washington den Weg für die Europäer zur langsamen Anerkennung geebnet. Gleichzeitig steht Obama nun in offenem Gegensatz zu Chávez und den ALBA-Staaten, so dass diese ihr lieb gewonnenes Feindbild nach einigen Monaten fehlender Angriffsflächen zurückerobern konnten. Mit dem Wahlausgang und dem beginnenden nationalen Dialog in Honduras vermindert sich der Einfluss Venezuelas auf die Region Zentralamerika eindeutig.

ENTSTEHUNG UND ESKALATION DER POLITISCHEN KRISE

Mit dem Staatsstreich vom 28. Juni 2009 gegen den Präsidenten Manuel Zelaya erreicht die Honduras-Krise vorerst ihren Höhepunkt. Bisher galt gerade Honduras als politisch eher stabiles Land in einer volatilen Region, welches anders als seine Nachbarn keinen Bürgerkrieg erlebte, seit Anfang der achtziger Jahren die Rückkehr zur Demokratie einleitete und ein starres, aber stabiles Zwei-Parteiensystem hervorbrachte. Doch was führte zum Putsch in Honduras?

Seit dem Amtsantritt Manuel Zelayas 2006, der von Zweifeln an der rechtmäßig erlangten Mehrheit der Stimmen gekennzeichnet war, nahm im letzten Jahr sowohl die innerparteiliche als auch die politische Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und den übrigen Staatsgewalten, insbesondere dem Kongress, dem Obersten Gerichtshof und dem Wahlgerichtshof, stetig zu. Dies ging bis zur wiederholten Nichtbeachtung richterlicher Anordnungen auf Seiten des Präsidialamtes. Kristallisationspunkt aller Auseinandersetzungen war die von der Regierung auf den Weg gebrachte Volksbefragung, um einer Verfassungsgebenden Versammlung den Weg zu ebnen. Diese sollte unter anderem die Wiederwahl des Präsidenten einführen und somit die Kontinuität der Regierung Zelaya ermöglichen. Die politische Verfassung von 1982 enthält jedoch eine Schranke, wonach einige grundlegende Artikel nicht reformierbar sind. Darunter fällt auch das Wiederwahlverbot des Präsidenten, welches vor dem geschichtlichen Hintergrund schwacher demokratischer Systeme in Lateinamerika in vielen Verfassungen verankert ist, um die traditionell überaus starke Position der Exekutive zeitlich zu beschränken. Am 28. Juni 2009 sollte das aufgrund eines Verbots des Obersten Gerichtshofs durch das Präsidialamt in eine „Bürgerbefragung“ umbenannte Referendum abgehalten werden. Die Befragung beinhaltete die Frage nach der Zustimmung oder Ablehnung einer so genannten vierten Wahlurne,¹ um bei den im November angesetzten Wahlen über die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung abstimmen zu lassen. Auf diese Weise sollte die Legitimationsgrundlage für eine baldige Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung erreicht werden. Auch wenn sich die Mehrheit der politischen Akteure in Honduras gegen eine vierte Urne aussprach, wurde insbesondere vom Präsidentschaftskandidaten der nationalen Partei Gesprächsbereitschaft signalisiert. So sollte im Parlament über das Ansinnen des Präsidenten Zelaya debattiert und diesem gegebenenfalls entsprochen werden. Gleichzeitig hätte sichergestellt werden können, dass die Wahlen und deren Terminierung für Ende November von allen Beteiligten nochmals öffentlich bestätigt würden. Für seine Haltung wurde der Präsidentschaftskandidat der nationalen Partei, Porfirio Lobo, innerparteilich massiv kritisiert. Mel Zelaya ging auf das politische Angebot nicht

1 | Bei den Wahlen werden drei Wahlurnen aufgestellt für die Wahl des Präsidenten, für die der Abgeordneten und für die kommunale Ebene.

Auch das Militär suchte in den Tagen vor dem Staatsstreich den Dialog mit den Präsidentschaftskandidaten der liberalen und nationalen Partei, um eine politische Lösung im Parlament zu erwirken, jedoch wurde diese nicht weiter verfolgt. Aufgrund der Weigerung des Generalstabschefs Velázquez, logistische Hilfe in Form der Verteilung von Urnen und Wahlzetteln zu leisten, wurde dieser vom Präsidenten in der Woche vor dem Staatsstreich entlassen.

ein, sondern hielt an der geplanten Bürgerbefragung für den 28. Juni fest. Auch das Militär suchte in den Tagen vor dem Staatsstreich den Dialog mit den Präsidentschaftskandidaten der liberalen und nationalen Partei, um eine politische Lösung im Parlament zu erwirken, jedoch wurde diese nicht weiter verfolgt. Aufgrund der Weigerung des Generalstabschefs Velázquez, logistische Hilfe in Form der Verteilung von Urnen und Wahlzetteln zu leisten, wurde dieser vom Präsidenten in der Woche vor dem Staatsstreich entlassen. Allerdings musste Präsident

Zelaya mit ansehen, wie der Oberste Gerichtshof seinen obersten Militär aufgrund fehlender juristischer Begründung seitens des Präsidentschaftsamt wieder ins Amt berief. Der Weg der Konfrontation war somit vorgezeichnet. Beide großen politischen Lager befürchteten, dass mit der Ausführung der Befragung der gesetzlich vorgesehene Wahlkalender nicht eingehalten werden könne, und sahen die für Ende November angesetzten Wahlen in Gefahr.

Der Nährboden der politischen Auseinandersetzungen, die zum Sturz von Präsident Zelaya führten, ist zweifelsohne vielschichtig. In einer Annäherung sollen hier lediglich einige der möglichen Elemente aufgeführt werden, die zur Eskalation beigetragen haben.

1. Es besteht in der Bevölkerung der Wunsch nach grundlegenden Erneuerungen des politischen Systems. Das stabile Zwei-Parteien-System hat sich seit seiner Entstehung Ende des 19. Jahrhunderts kaum geöffnet, um eine breitere politische Partizipation zu ermöglichen und somit politischen Alternativen Ausdrucksmöglichkeiten zu bieten. Die Erhaltung des Status quo wird in Honduras mit der bestehenden Dominanz der zwei traditionell der Oligarchie des Landes nahestehenden politischen Parteien in Verbindung gebracht. Darüber hinaus stehen die staatlichen Institutionen in einem parteipolitischen Abhängigkeitsverhältnis. Es ist ein verständlicher, jedoch nicht risikofreier Versuch, die Lösung der seit Jahrzehnten nicht angegangenen Probleme des Landes ausschliesslich in einer Verfassungsänderung zu suchen. Umfragen während der letzten zwölf Monate bestätigen, dass die Zustimmung für eine Veränderung der Verfassung bei konstant 70 bis 80 Prozent liegt. Die neu gewählte Regierung unter Pepe

Lobo tut daher gut daran, einen nationalen Dialog einzu-berufen, um den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kräften Ausdruck zu verleihen und somit notwendige Elemente für politische Reformen zu erhalten. Das Fehlen eines geregelten *Impeachment*-Verfahrens gegen den Präsidenten in der Verfassung beinhaltet einen für den Verlauf dieser Krise nicht unwichtigen juristischen Baustein, der in die Diskussion um Verfassungsänderungen mit aufgenommen werden sollte.

2. Darüber hinaus teilt Honduras mit den anderen Staaten der Region das Dilemma, dass sich seit Einführung der Demokratie in den achtziger Jahren die soziale Situation der Bevölkerung kaum verbessert hat und der soziale Unterschied zwischen Arm und Reich weiter ansteigt. Sechs von zehn Honduranern leben unter der Armutsgrenze und kommen nur selten in den Genuss von grundlegenden Sozialleistungen wie Bildung und Gesundheit. Der Unwille der politischen und wirtschaftlichen Eliten, klientelistische und merkantilistische Strukturen kontinuierlich abzubauen, um einer sozialverträglichen und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Sozialordnung zuzuarbeiten, erklärt den Rückhalt für populistisch-assistenzialistische Angebote.
3. Eine schwache politische Beteiligung der Bürger in öffentlichen Belangen und ein insgesamt niedriger Bildungsstand beflügeln die Unterstützung einer systemkritischen und populistischen Rhetorik, die meistens gepaart mit Maximalforderungen kaum einzuhaltener sozialer Leistungen in Erscheinung tritt. Traditionell wird in Zentralamerika der Mobilisierungskraft durch Geld- oder Sachleistungen nachgeholfen; hier bedienen sich sowohl Regierungen als auch Oppositionsparteien. Die wahre Mobilisierungskraft Manuel Zelayas wurde daher in den vergangenen Monaten, insbesondere in der internationalen Wahrnehmung, überschätzt. Die Fehleinschätzung beruht auch auf der Tatsache, dass Manuel Zelaya nur bedingt für ein politisch konsistentes Projekt stand.

Eine schwache politische Beteiligung der Bürger in öffentlichen Belangen und ein insgesamt niedriger Bildungsstand beflügeln die Unterstützung einer systemkritischen und populistischen Rhetorik, die meistens gepaart mit Maximalforderungen kaum einzuhaltener sozialer Leistungen in Erscheinung tritt. Traditionell wird in Zentralamerika der Mobilisierungskraft durch Geld- oder Sachleistungen nachgeholfen; hier bedienen sich sowohl Regierungen als auch Oppositionsparteien.
4. Die bereits angedeutete politische Polarisierung durch den Neo-Populismus in Lateinamerika spielt eine entscheidenden

de Rolle in der Honduras-Krise. Im Kern geht es um die Überlebenskraft der repräsentativen Demokratie und der Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitsystem in der Region. Die Situation in Nicaragua verdeutlicht, dass die stetige Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaates durch die Schwächung der Judikative und der Wahlinstanzen ein Modell ist, welches in Honduras in Anfängen seine Entsprechung fand. Die Annäherung Manuel Zelayas an den Kurs der ALBA-Staaten – wenn auch eher mit dem Ziel des Machterhaltes als aus ideologischen Gründen – stieß innerhalb der eigenen Partei und in der Unternehmerschaft auf heftigsten Widerstand.

WAHLPROZESS IN POLITISCHEN KRISENZEITEN

Bei der Analyse der politischen Krise wurde oft übergangen, dass der Wahlkalender, der den Weg für die Präsidentschaftswahlen vorzeichnet, bereits mit der Organisation interner Wahlen der Parteien zur Aufstellung der Kandidaturen im November 2008 begann. Hieraus gingen der Präsidentschaftskandidat der nationalen Partei, Porfirio Lobo, und der liberale Mauricio Villeda, Platzhalter für den im Nachhinein zugelassenen ehemaligen Vizepräsidenten Zelayas, Elvyn Santos, siegreich hervor. Die Organisation der Wahlen sowie die Rechtsprechung im Wahl- und Parteienrecht obliegt in Honduras dem unabhängigen Wahlgerichtshof, dessen drei ständige Richter durch das Parlament gewählt werden. Die Besetzung der Posten fiel in das Wahljahr 2009 und ordnungsgemäß stimmte Mitte Mai das Parlament für die Neubesetzung der Richter. Mit dem 28. Mai – also einen Monat vor dem Staatsstreich im Juni – wurde der Wahltermin für die allgemeinen Wahlen vom Obersten Wahlgerichtshof für den 29. November festgelegt, womit offiziell das Wahljahr begann. Verschiedene Termine zur Einschreibung der Kandidaten und möglicher politischer Allianzen der Parteien vor dem Wahlgerichtshof, die Schließung zur Aktualisierung des Wählerregisters sowie der Beginn der Wahlkampfphase drei Monate vor dem Wahltermin wurden vom Wahlgerichtshof penibel eingehalten.

Mit dem Staatsstreich erhöhte sich der Druck auf den Wahlprozess merklich, auch wenn die Auseinandersetzung um das Verbot der Volksbefragung und die Infragestellung der Autorität des Wahlgerichts durch die Regierung Zelaya bereits einen Vorgesmack lieferte.

Mit dem Staatsstreich erhöhte sich der Druck auf den Wahlprozess merklich, auch wenn die Auseinandersetzung um das Verbot der Volksbefragung und die Infragestellung der Autorität des Wahlgerichts durch die Regierung Zelaya

bereits einen Vorgeschmack lieferte. Die politische Isolation des Landes sowie die Einschränkungen durch die nächtlichen Ausgangssperren, der für einige Tage verhängte Ausnahmezustand und den vereinzelt Übergriffen und Verletzungen der Menschenrechte verengten den Spielraum für die Aufrechterhaltung der Normalität des Wahlprozesses. Die Courage, die die Richter in diesen Monaten bewiesen, ist erwähnenswert. Nicht nur kritisierten sie offen die fehlenden Bürgerfreiheiten während und nach dem Putsch, ohne Gefahr zu laufen den Wahlprozess dadurch zu politisieren, sondern führten darüber hinaus auch nach der Streichung der internationalen Zusammenarbeit erfolgreich ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen fort. Dass das Land keinen normalen Wahlprozess hinter sich hat, wird schon daran deutlich, dass das Wahlgericht für die Organisation der Wahlen unter der Regierung Zelaya kein Budget erhalten hatte und sich somit der Zeitraum für die Organisation der Wahlvorbereitungen immer weiter verengte. Die politischen Parteien bewiesen politische Reife in dem Bewusstsein, dass sie nicht nur einen rhetorisch vorsichtigen Wahlkampf führten, sondern gleichzeitig den Wahlprozess und die Institution des Wahlgerichts im eigenen Interesse stützten. Die heiße Wahlkampfphase begann somit – für Zentralamerika untypisch – erst in den letzten drei Wochen vor dem Wahlsonntag. Daher ist zu vermuten, dass dieser Wahlkampf neben anderen Attributen als einer der billigsten in die Geschichte des Landes eingehen wird.

Vieles sprach dafür, dass diese Wahlen alles andere als erfolgreich verlaufen würden. Sowohl innerhalb des Landes als auch aus dem Ausland wurde versucht, den Wahlprozess zu diskreditieren. Einige interessante Neuerungen wurden daher vom Wahlgericht eingeführt: So stand das Militär, welches in Lateinamerika traditionell für die Logistik des Wahlmaterials und die Sicherheit in den Wahllokalen zuständig ist, unter der Aufsicht speziell ausgebildeter ziviler Wahlhelfer. Die vereinzelt angereisten internationalen Wahlbeobachter stellten fest, dass am Wahltag die Militärpräsenz für lateinamerikanische Verhältnisse relativ gering ausfiel und sich das Militär defensiv an den Wahllokalen positionierte. Es gab lediglich eine nennenswerte Auseinandersetzung einiger Widerstandsgruppen mit den Ordnungskräften in der wirtschaftlich bedeutenden Stadt San Pedro Sula. Schon in den Wochen vor der Wahl waren die Auflösungserscheinungen der *Resistencia* unübersehbar. Viele ihrer Mitglieder rekrutierten sich aus abtrünnigen Liberalen, die nach und nach wieder in die Reihen der

größten und ältesten Partei des Landes zurückkehrten. Darüber hinaus stellte das Wahlgericht für die ca. 800 000 wahlberechtigten in den USA lebenden Honduraner Wahlurnen in sechs Konsulaten auf. Schüler und Studenten wurden im Vorfeld ausgebildet, um ältere Menschen und Behinderte an die Urnen zu begleiten.

Der Wahltag, an dem die viereinhalb Millionen Wahlberechtigten² aufgerufen waren, ihren Präsidenten, 128 Abgeordnete, ihre Bürgermeister und Stadträte wie auch die Parlamentarier für das zentralamerikanische Parlament zu wählen, verlief ruhig und geordnet. In einigen Wahllokalen fehlten lediglich einige der vom Wahlgericht angefertigten Stifte, ein anderes Mal reichte die Tinte nicht aus, mit der die Finger der Wähler markiert werden, und einige Wahllokale öffneten mit einer Stunde Verspätung ihre Tore. Das Bild auf den Straßen und Plätzen in der Nähe öffentlicher Einrichtungen, die wie in Deutschland als Wahllokale dienen, unterschied sich kaum von vorherigen Wahlen und bestätigte den Wahlbeobachtern,

Insgesamt war den Menschen die Erleichterung anzumerken, die mit ihrer Stimme zum Ausdruck brachten, dass dies der einzige Weg aus der Krise sei. Selbst die linke Partei der Unificación Democrática (UD), die angekündigt hatte, bei ausbleibender Wiedereinsetzung Zelayas in das Präsidentenamt nicht an den Wahlen teilzunehmen, entschied sich letztendlich für ihre Präsenz auf den Wahlzetteln.

dass diese Wahlen in geordneter und transparenter Weise vonstatten gingen.³ Insgesamt war den Menschen die Erleichterung anzumerken, die mit ihrer Stimme zum Ausdruck brachten, dass dies der einzige Weg aus der Krise sei. Selbst die linke Partei der Unificación Democrática (UD), die angekündigt hatte, bei ausbleibender Wiedereinsetzung Zelayas in das Präsidentenamt nicht an den Wahlen teilzunehmen, entschied sich letztendlich für ihre Präsenz auf den Wahlzetteln. Lediglich der unab-

hängige Kandidat Carlos H. Reyes, der in Umfragen beachtliche sechs bis acht Prozent erreichte, nahm aus Protest gegen eine implizite Legitimierung des Putsches durch die Wahlen nicht teil. Die vierte Urne, Symbol der politischen Krise, mit der Mel Zelaya das Volk über die Einsetzung einer verfassungsmäßigen Versammlung abstimmen lassen wollte, suchte man vergeblich.

Die Wahlbeteiligung, die für die Legitimation des Wahlgangs von besonderer Bedeutung war, fiel weit höher aus als zu-

2 | Dies kommt einem Anstieg von 13,76 Prozent gegenüber dem Wählerregister von 2005 gleich. Vgl. hierzu: TSE, 2009.

3 | Sowohl die OAS als auch die EU entsandten keine offiziellen Wahlbeobachtermissionen.

nächst aufgrund der erwartet angespannten Sicherheitslage angenommen. Die offiziellen Daten des Wahlgerichtshofs sprechen von knapp über 60 Prozent Wahlbeteiligung – dies wäre ein historisch einmaliges Ergebnis. Unabhängige Wahlbeobachter, die sich auf die Zahlen eines zivilgesellschaftlichen Konsortiums stützen, gehen eher von 48 Prozent Wahlbeteiligung aus – eine für Honduras immer noch überdurchschnittliche Beteiligung der Bürger bei der Wahl ihrer Repräsentanten.⁴

CHRISTDEMOKRAT PEPE LOBO GEWINNT WAHLEN UND VERSPRICHT EINHEITSREGIERUNG

Als Sieger geht der Kandidat der Nationalen Partei, Porfirio „Pepe“ Lobo (56 Prozent) mit einem beachtlichen Vorsprung von 18 vor seinem Herausforderer Elyn Santos (38 Prozent) der Liberalen Partei hervor. Die Präsidentschaftskandidaten der Christdemokraten (PDCH), der sozialdemokratischen PINU und der linken Unificación Democrática (UD) kommen jeweils knapp auf zwei Prozent der Wählerstimmen, stellen jedoch einige Abgeordnete im Parlament. Damit hat der Kandidat der Mitte-rechts-Partei einen klaren Wählerauftrag erhalten und wird mit einer komfortablen Mehrheit im Parlament (74 der 128 Sitze) politisch notwendige Reformprojekte durchsetzen können. Pepe Lobo, der sich zum zweiten Mal um das Präsidentenamt bewarb und 2005 nur knapp gegen Mel Zelaya verlor, hat formal seinen konservativen Partido Nacional in den letzten vier Jahren auf eine neue Grundlage stellen können, die sich den christdemokratischen Prinzipien und der sozialen Marktwirtschaft verschreibt. Angesichts des überwältigenden Sieges und der besonderen Situation des Landes und damit verbundenen Sensibilisierung der politischen und wirtschaftlichen Eliten hat das christdemokratische Projekt, welches insbesondere durch den gewählten Präsidenten vorangetrieben wurde, gute Chancen auf eine weitere Vertiefung innerhalb der Nationalen Partei. Darüber hinaus ist die Partei für viele junge Parteimitglieder interessant geworden, seitdem sie in den vorderen Reihen Verantwortung übernehmen dürfen. In seiner Dankesrede an die Bevölkerung, seine Partei und die internationale Öffentlichkeit am

4 | Die Zahlen stammen von Hagamos Democracia, einem Konsortium der Universität Metropolitana, CARITAS, der Confraternidad Evangélica de Honduras (CEH) und der Federación de Organizaciones para el Desarrollo de Honduras (FOPRIDEH).

Wahlabend bekannte sich der neue Präsident dazu, „christdemokratische Politik für Honduras“ durchsetzen zu wollen.

Die bisherige liberale Regierungspartei, der sowohl Manuel Zelaya als auch Roberto Micheletti angehören, hat es nicht geschafft, ihre innere Spaltung zu überwinden und die Wähler an sich zu binden. Die Partei wurde zu sehr mit der politischen Krise in Verbindung gebracht und weniger als Teil des Lösung angesehen.

Die bisherige liberale Regierungspartei, der sowohl Manuel Zelaya als auch Roberto Micheletti angehören, hat es nicht geschafft, ihre innere Spaltung zu überwinden und die Wähler an sich zu binden. Die Partei wurde zu sehr mit der politischen Krise in Verbindung gebracht und weniger als Teil des Lösung angesehen. Nun muss Klarheit über den politischen Kurs der Partei geschaffen werden. Die Anhänger

Zelayas, die unzufrieden mit dem politischen Kurs ihrer Partei sind und laut einer internen Umfrage insgesamt ca. zehn Prozent des liberalen Parteispektrums ausmachen, könnten sich zu einer neuen linken Kraft formieren. Erstaunlich ist, dass die Linke in Honduras trotz eines insgesamt interessanten Wählerpotenzials bisher nicht in der Lage war, sich hinter einen Kandidaten, beispielsweise den unabhängigen Kandidaten Carlos H. Reyes, zu gruppieren, um eine politische Alternative zum Establishment des Zwei-Parteien-Systems entstehen zu lassen.

Manuel Zelaya verkündete zwar noch am Wahltag, dass man die Wahlen auf keinen Fall anerkennen könne, weil dies einer Billigung des Putsches gleichkäme. Der Aufruf aus der brasilianischen Botschaft verhallte in der Bevölkerung jedoch relativ unbeachtet. Die Wiedereinsetzung Zelayas wurde endgültig mit dem Votum des Abgeordnetenhauses am 2. Dezember 2009 obsolet. Zuvor hatte der oberste Gerichtshof zu dieser Frage Stellung genommen und verkündet, dass sich der ehemalige Präsident der Justiz stellen müsse. Unterdessen bemüht sich der neugewählte Präsident um eine politische Amnestie für alle Akteure des 28. Juni. Die neue Regierung Lobo hat sicherlich an langwierigen Gerichtsprozessen für alle in den Staatsstreich involvierten Personen kein Interesse. Dies würde den Neuanfang genauso belasten wie ein im nahen Exil sitzender Manuel Zelaya. Eine Aufarbeitung der Geschehnisse um den 28. Juni 2009 ist gleichwohl in jedem Fall notwendig, auch um den nationalen Dialog auf eine feste Grundlage zu stellen. De-facto-Präsident Roberto Micheletti hätte politische Grösse beweisen können, in dem er nach den Wahlen auf sein Amt verzichtete. Somit wäre auch die Übergangszeit zur Präsidentschaft Lobos nicht unnötig belastet worden.

AUSWEGE AUS DER KRISE: PRAGMATISCHE LÖSUNG OHNE HYPOTHEK FÜR DIE DEMOKRATIE- ENTWICKLUNG IN LATEINAMERIKA?

Das Dilemma der politischen Krise in Honduras liegt unter anderem darin begründet, dass der pragmatische Ausweg – in diesem Falle durch demokratische Wahlen – so gestaltet sein muss, dass die Demokratieentwicklung keinen Schaden nimmt. Mit anderen Worten: Es darf durch den Staatsstreich in Honduras kein Präzedenzfall geschaffen werden, der signalisiert, dass eine Verletzung demokratischer und verfassungsmässiger Ordnungen folgenlos bleibt. Wer die Region kennt, weiss, dass diese Versuchung durchaus vorhanden ist. Der schwache Zustand der demokratischen Entwicklung der Region Zentralamerika erlaubt es nicht, dass durch eine militärische Intervention ein gewählter Präsident verfassungswidrig abgesetzt und des Landes verwiesen wird, auch wenn dieser selbst gegen die Verfassung verstoßen und damit demokratische Prinzipien verletzt hat. Daher war die international harte Verurteilung der Geschehnisse vom 28. Juni vollkommen gerechtfertigt und angemessen. Nur ist damit Honduras und der Demokratieentwicklung der Region nur bedingt geholfen, gerade weil die politische Krise ihren Anfang in der bereits erwähnten Vorgeschichte nahm, die von der systematischen Verletzung der Verfassung durch den Präsidenten spricht. Aber wie begegnet man einem demokratisch gewählten Präsidenten, der den Rechtsstaat beschneidet und wiederholt gegen die Verfassung verstößt? Die Organisation Amerikanischer Staaten hat auf diese Frage bisher keine schlüssige Antwort gefunden. Denn den Fall, dass demokratisch gewählte Regierungen den demokratischen Rechtsstaat zu schwächen suchen, zieht die interamerikanische Charta nicht in Betracht. Wie wehrt sich in einem Präsidialsystem die Gesellschaft gegen einen Präsidenten, der zwar die demokratische Legitimation besitzt, jedoch schrittweise staatliche Kontrollfunktionen nach und nach ausschaltet und die Verfassung verletzt? Anlass zur Behandlung dieser Fragen besteht durchaus in der Region.

Das Dilemma der politischen Krise in Honduras liegt unter anderem darin begründet, dass der pragmatische Ausweg – in diesem Falle durch demokratische Wahlen – so gestaltet sein muss, dass die Demokratieentwicklung keinen Schaden nimmt.

Darüber hinaus wird argumentiert, dass aus den November-Wahlen keine legitimierte Regierung hervorgehen könne, weil erstere unter einem Regime stattfanden, welches selbst die Verfassung verletzte und somit die notwendigen Bedingun-

gen für freie Wahlen nicht gegeben waren. In Lateinamerika speisten sich die meisten demokratischen Übergangsregierungen in den achtziger Jahren aus einer ähnlich gearteten Legitimation. In Honduras zeigte sich, dass der Wahlprozess vom politischen Prozess zwar nicht abgekoppelt war, sich jedoch in einem gewissen Spannungsverhältnis befand und bereits vor dem 28. Juni unter Billigung aller politischen Akteure auf den Weg gebracht wurde. Die für die Organisation der Wahl verantwortlichen Institutionen haben gezeigt, dass die Wahlen größtenteils in fairer und transparenter Weise durchgeführt wurden, mit den hier bereits dargelegten Einschränkungen. Somit steuerten die Honduraner auf den einzig richtigen Ausweg aus der politischen Krise hin: die Abhaltung demokratischer Wahlen, zu denen sie die internationale Gemeinschaft einluden, diese mit kritischem Augen zu verfolgen. Die Wahlen markieren jedoch nur den Anfang eines langen Wegs zur Erarbeitung eines neuen Gesellschaftsvertrages und zu dem Versuch, die tief gespaltene Bevölkerung um ein gemeinsames politisches Projekt eines demokratischen und sozial gerechteren Honduras zu vereinen.

AUSBLICK: ENORME HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE NEUE REGIERUNG

Die neugewählte Regierung, die am 27. Januar 2010 ihre Arbeit aufnehmen wird, sendet unterdessen bereits Signale eines Neuanfangs: So soll eine Einheitsregierung gebildet werden, die in einer Art nationaler Koalition agiert. Darüber hinaus ist bereits Mitte Dezember vom gewählten Präsidenten der nationale Dialog eingeleitet worden, der sowohl von den politischen Kräften als auch der Zivilgesellschaft angenommen wurde. Indiz dafür ist, dass unter den Teilnehmern auch Vertreter der Organisationen präsent waren, die dem Lager des ehemaligen Präsidenten Zelaya angehören. Hier

ergibt sich – bei professioneller Begleitung der einzelnen Gruppierungen – die Möglichkeit, strittige Fragen einzugrenzen und die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen fühlen, mit einzubinden.

Unterdessen erwarten die Bürger von ihrem neuen Präsidenten vieles, besonders jedoch, dass er die Themen des Wahlkampfes angeht: eine spürbare Verbesserung der Sicherheitslage, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine konsistentere Sozialpolitik. Allerdings sind der neuen Regierung angesichts der klammen Einnahmesituation und der enorm angestiegenen Ausgabenlast während der Regierung Zelaya die Hände gebunden.

Unterdessen erwarten die Bürger von ihrem neuen Präsidenten vieles, besonders jedoch, dass er die Themen des Wahlkampfes angeht: eine spürbare Verbesserung der Sicherheitsla-

ge, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine konsistentere Sozialpolitik. Allerdings sind der neuen Regierung angesichts der klammen Einnahmesituation und der enorm angestiegenen Ausgabenlast während der Regierung Zelaya die Hände gebunden. Vor diesem Hintergrund ist die internationale Hilfe von besonderer Bedeutung. Der Bedeutung der internationalen Anerkennung für die Regierbarkeit des Landes und auch der Region ist man sich in Tegucigalpa bewusst. Gerade von der Europäischen Union erhofft man sich die Wiederaufnahme der Verhandlungen um das Assoziationsabkommen mit Zentralamerika. Daher wird man die Vorgaben des Abkommens von Tegucigalpa/San José einhalten müssen, die u.a. die Einsetzung einer Wahrheitskommission vorsehen. Diese soll eine Aufarbeitung der Ereignisse um den 28. Juni voranbringen.

Wahlen allein können die tiefe Spaltung der Gesellschaft nicht überbrücken. Die Unzufriedenheit der Bürger richtet sich angesichts der mageren Resultate in der Armutsbekämpfung und der nur rudimentär vorhandenen sozialen Kompensationsmechanismen, aber auch angesichts beschränkter Partizipationsmöglichkeiten gegen das politische System und Establishment als solches. Die verschiedenen Kräfte müssen die Chance des offenen Dialogs nutzen, um den in den letzten Monaten zerbrochenen Gesellschaftsvertrag neu zu definieren und Lehren aus den Geschehnissen zu ziehen. Erste hoffnungsvolle Anzeichen einer Öffnung in Form einer Einheitsregierung sind vorhanden. Die Gefahr, dass nach der Vereidigung der neuen Regierung Ende Januar zur – nicht unkomplizierten – Tagesordnung übergegangen wird, besteht immer noch. Dennoch ist der Moment für notwendige Veränderungen und eine weitere Öffnung des politischen Systems sowie die Einbindung der Kräfte, die sich noch mit Misstrauen begegnen, so gut wie nie zuvor. Honduras darf diese Chance nicht verspielen.